

200 Muslime stürmen christliche Jugendfreizeit



Das Wohnhaus in dem die Jugendfreizeit stattfand

Quelle: Syam Ciremai, Creative Commons

Während Polizei und Militär tatenlos zusahen, stürmten am Freitag etwa 200 Muslime eine christliche Jugendfreizeit in einem Wohnhaus in Indonesien. Die Teilnehmer wurden vertrieben und Eigentum wurde beschädigt, wie Quellen berichten.

Mit Transparenten und Rufen wie «Zerstört dieses Haus!» griff der Mob nach dem Freitagsgebet das Haus im Dorf Tangkil, Distrikt Cidahu, Sukabumi, in der Provinz West-Java gegen 13:30 Uhr Ortszeit an. Dabei wurden Fenster, Toiletten, ein Pavillon und der Garten beschädigt.

Unter dem Vorwand, ein Wohnhaus dürfe nicht als Gebetsstätte genutzt werden, warfen die Angreifer zudem ein Motorrad in einen nahegelegenen Fluss und

beschädigten das Eingangstor.

Eindringlicher Mob

Videos in sozialen Netzwerken zeigen, wie ein Mann ein Holzkreuz von einer Wand entfernt und damit eine Fensterscheibe einschlägt. In weiteren Aufnahmen ist zu sehen, wie Personen mit Stühlen und Werkzeugen Eigentum zerstören. Auch ein Auto wurde beschädigt.

Laut Augenzeugen wurden schliesslich 36 Teilnehmer der christlichen Jugendfreizeit sowie drei Fahrzeuge von Einsatzkräften evakuiert, um Gewalt zu verhindern. In einem Video sieht man verängstigte Jugendliche, die versuchen, in ein Auto zu steigen, während der Mob sie lautstark auffordert, das Gelände zu verlassen.

«Nicht intolerant»

Die protestierenden Anwohner behaupteten, nicht aus Intoleranz gehandelt zu haben, sondern aus Sorge, dass religiöse Aktivitäten in einem nicht genehmigten Gebäude den sozialen Frieden stören könnten.

«Es geht nicht darum, dass wir intolerant sind, aber wenn im Verborgenen Gottesdienste abgehalten werden, mit Personen von ausserhalb, ohne Erlaubnis – und das in einer zu 100 Prozent muslimischen Siedlung – dann beunruhigt uns das», sagte ein Anwohner. «Warum geht man nicht einfach in ein offizielles Gotteshaus?»

«Spontane Reaktion»

Der Angriff soll sich kurz nach dem Besuch von Behördenvertretern, darunter dem Vorsitzenden des Islamrats (MUI) des Bezirks Sukabumi, ereignet haben, die sich um 10:30 Uhr mit dem Bruder der abwesenden Hausbesitzerin, trafen, um den Status des Hauses zu klären. Angeblich habe eine Provokation durch einen Anwohner die Eskalation ausgelöst.

Der Leiter der Behörde für Nationale Einheit und Politik im Regierungsbezirk Sukabumi, Tri Romadhono, bezeichnete den Angriff als «spontane Reaktion»: «Dieser Vorfall war eine spontane Reaktion der Anwohner auf die Nutzung eines Wohnhauses als Gebetsstätte ohne Genehmigung», sagte Tri. «Dies ist kein Kirchengebäude und keine offizielle Gebetsstätte. Es ist ein Wohnhaus, das

unsachgemäss für religiöse Zwecke verwendet wurde.»

Keine Genehmigung nötig

Der indonesische Menschenrechtsaktivist Permadi Arya wies darauf hin, dass laut dem Gemeinsamen Ministerialerlass von 2006 für Gottesdienste in Wohnhäusern, Ladenlokalen oder Cafés keine Genehmigung notwendig sei.

«Diese Orte sind mit muslimischen Gebetsräumen (Musholla) vergleichbar – und Muslime benötigen dafür ebenfalls keine Genehmigung», schrieb Permadi Arya bereits 2023. Christen müssten daher gleich behandelt werden.

Der zuständige Ortsvorsteher berichtete, dass das Haus bereits dreimal als Gebetsstätte genutzt wurde – teils mit Bussen, die Gläubige von ausserhalb brachten. «Wir haben gewarnt und es untersagt, doch die Aktivitäten wurden fortgeführt. Die Anwohner haben dafür kein Verständnis mehr. Das ist kein offiziell genehmigter Gebetsort und sorgt seit geraumer Zeit für Unruhe.»

Muslime fühlten sich gestört

Ein lokaler Gemeindeleiter, der anonym bleiben wollte, erklärte, dass seit April erfolglos versucht werde, zu vermitteln. Laut dem Dorfvorsteher Ijang Sehabudin hätten die Behörden bereits mehrfach mit der Hausbesitzerin gesprochen. «Wir haben geraten, das Haus nicht für Gottesdienste zu nutzen – das wurde ignoriert. Deshalb sind die Anwohner heute direkt zum Haus gegangen. Sie fühlten sich in ihrem Lebensumfeld gestört, da das Haus rechtlich gesehen ein Wohnhaus ist, kein Gebetshaus.»

Er betonte, dass ein Ort der Anbetung bestimmten Regeln unterliege: «Es handelt sich um ein Wohnhaus, nicht um eine Kirche. Wer einen offiziellen Gebetsort einrichten möchte, muss eine Genehmigung beantragen.»

Die Anwohner erklärten sich am Samstag bereit, den Schaden zu ersetzen, so Sehabudin.

Intoleranz und Christenfeindlichkeit

Der Aktivist Permadi Arya bezeichnete den Vorfall als Ausdruck von Intoleranz und Christenfeindlichkeit – und er warf der Regierung vor, Christen systematisch zu ignorieren: «Im Westen Indonesiens gibt es kein Heilmittel gegen Intoleranz»,

schrieb er in sozialen Netzwerken.

Das Verhalten der Behörden sei Ausdruck einer antichristlichen Haltung, sagte er. «Es geht hier nicht um Genehmigungen», so Permadi Arya. «Das ist reine Christenfeindlichkeit, die vom Staat seit der Ära von Präsident Jokowi bis zu Präsident Prabowo geduldet wird.»

Vielfach als Vorwand genutzt

Islamistische Gruppen hätten das Genehmigungsproblem bereits vielfach als Vorwand genutzt, um Kirchen zu schliessen oder anzugreifen. Der Ministerialerlass von 2006 erschwere es neuen Gemeinden und mache es praktisch unmöglich, offizielle Gebäude zu beantragen.

Selbst wenn Kirchen die geforderten 90 Unterschriften von Gemeindemitgliedern und 60 von Haushalten anderer Religionen zusammentrügen, käme es zu Verzögerungen oder Ablehnung durch Behörden.

Laut der Organisation [«Open Doors»](#) zeigt die indonesische Gesellschaft eine zunehmend streng islamische Ausrichtung. Kirchen mit evangelistischer Ausrichtung seien besonders gefährdet, ins Visier extremistischer Gruppen zu geraten.

Zum Thema:

[Dossier: verfolgung.jetzt](#)

[Weltverfolgungsindex 2020: Gewalt gegen Christen hat dramatisch zugenommen](#)

[In der Physiotherapie: Kreative Evangelisation in Indonesien](#)

Datum: 05.07.2025

Autor: Morning Star News / Daniel Gerber

Quelle: Christian Post / gekürzte Übersetzung: Livenet

Tags

[Verfolgung](#)

[Christen in der Gesellschaft](#)

[Islam](#)

[Asien](#)